

# Linkes Blatt <sup>DIE LINKE.</sup>

1. Ausgabe / 32. Jahrgang

Für Halle (Saale)

18. Januar 2022

## Gerhard Trabert - Der LINKE Präsidentschaftskandidat

Gerhard Trabert steht für eine Gesellschaft der Solidarität und der Mitmenschlichkeit, in der jede und jeder in Würde leben kann. Der Mainzer Mediziner engagiert sich seit über 25 Jahren für Menschen, die am Rande der Gesellschaft stehen.

**„Wir wollen, dass unsere Gesellschaft wieder humaner wird. Das motiviert mich einfach.“**

### Er hilft wo er gebraucht wird

Als Arzt und Sozialarbeiter versorgt er Obdachlose dort, wo sie leben - auf der Straße. Mit seinem „Arztmobil“, das zugleich Sprechzimmer und Ambulanz ist, fährt er zu den Menschen, um Hilfe anzubieten: in die Tiefgarage, an die Domplätze, in ein Wäldchen, wo sie übernachten.

Gemeinsam mit über 30 ehrenamtlichen Kolleg:innen verschiedener Fachrichtungen behandelt Trabert an festen Tagen in der „Poliklinik ohne Grenzen“ Menschen in prekärer Lebenslage.

Die Klinik wird durch den gemeinnützigen Verein „Armut und Gesundheit“ betrieben, den Trabert 1997 gründete. Denn zunehmend erfragen auch nicht wohnungslose, arme Menschen medizinische Beratung und Hilfe: Zu den Patient:innen zählen Asylsuchende, papierlose Menschen oder ehemals privat Versicherte, die sich die Beiträge nicht mehr leisten können.

### Solidarität ohne Grenzen

Der Mainzer Arzt hilft nicht nur Menschen in Deutschland, sondern engagiert sich auch für Notleidende über die eigenen Landesgrenzen hinaus. Er war bereits mehrmals im Lager auf Lesbos und hat dort medizinische Hilfe für Geflüchtete geleistet.

Mit seinem Verein engagiert er sich dort konkret für Menschen mit Behinderung. So werden etwa in Deutschland dringend benötigte Prothesen angefertigt, die es vor Ort nicht gibt.

### Die Regierung kommt ihrer Verantwortung nicht nach

Wohnungslose, Hartz-IV-Empfänger:innen, Geflüchtete: Die Corona-Krise trifft die am härtesten, die schon vorher zu kämpfen hatten. Doch die Regierungsparteien kommt ihrer Verantwortung gegenüber sozial benachteiligten Menschen immer weniger nach. „Die Distanz zwischen etablierter Politik und den Ärmsten der Gesellschaft wird immer größer!“

Immer wieder wurde er gefragt, ob er in die Politik gehen wolle, um sich auf diese Weise für die Realisierung seiner Forderungen einzusetzen. Dies wies er lange zurück, denn er wollte Menschen konkret und direkt helfen. Die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen der letzten Jahre haben ihn jedoch zu einem Umdenken bewegt. Gerade in den Bereichen der sozialen Gerechtigkeit und der Wahrung der Menschenrechte ist das politische Handeln von einer Ignoranz und Arroganz geprägt, die er nicht länger so hinnehmen kann.



## Aus der letzten Stadtratssitzung am 22.12.2021

Die Weihnachtsferien mussten sich die Stadträte erst verdienen, denn eine prallgefüllte Stadtratssitzung lag vor ihnen.

Im Bericht des Oberbürgermeisters -hier von Herrn Geier- informierte er u.a. darüber, dass in Halle (Saale) am 6. Dezember das weltweit erste Denkmal für den Philosophen Christian Wolff enthüllt wurde. Es befindet sich vor dem Stadtmuseum und wurde durch private Spenden mit Unterstützung der Stadt Halle (Saale) und der Saalesparkasse finanziert. Die Bronzeplastik wurde vom Bildhauer Bernd Göbel erschaffen. Er informierte weiter über ein Arbeitstreffen von Delegationen der Stadt Halle (Saale) und der Partnerstadt Savannah. Die Zusammenarbeit mit der Partnerstadt soll über Austauschprogramme sowie auf wirtschaftlicher Ebene ausgebaut werden. Am 14. Dezember, so Herr Geier weiter, hat die Stadt Halle (Saale) das erste Teilstück des neuen Radweges an der Nordstraße vorfristig freigegeben. Zu den positiven Berichten gehörte auch, dass im Dezember die Stadt Halle das Richtfest für die Dritte Feuerwache in Büschdorf begehen konnte und am 21. Dezember die Stadt Halle ein Haus für 22 Kinder im Alter von 0-18 Jahren (Inobhutnahme) übernehmen konnte. Herr Geier dankte der Citygemeinschaft, den Veranstaltern und Händlern für ihr Engagement, um den Weihnachtsmarkt stattfinden zu lassen.

Gemeinsam mit der CDU-Fraktion stellten wir den Antrag, einen weiteren Beigeordneten in der Stadtverwaltung arbeiten zu lassen. Damit müsste die Hauptsatzung des Stadtrates geändert werden. Unsere Intension war, dass die Aufgaben in der Stadt Halle (Saale) damit besser aufgeteilt werden können. Insbesondere die Themen Wirtschaft, Klima und Digitalisierung sollten Aufgabengebiete werden. Knapp wurde die Mehrheit für diesen Antrag verfehlt. Hauptgründe für die Ablehnung aus anderen Fraktionen waren die fehlenden finanziellen Mittel. Alles in allem hätten ca. 300.000 Euro für diese Stelle einschl. Mitarbeitern etc. eingestellt werden müssen.

Um den Haushalt der Stadt Halle (Saale) ging es dann im nächsten Tagesordnungspunkt. Dem Haushalt der Stadt Halle (Saale) für das Jahr 2022 wurde mehrheitlich zugestimmt. Herr Geier, Finanzbeigeordneter, unterstrich, dass die Stadt Halle im kommenden Jahr

mit Einnahmen in Höhe von 808 Millionen rechnet, Ausgaben sind in Höhe von 832 Millionen Euro geplant. Die Differenz von 24 Millionen sollen durch Rücklagen gedeckt werden. Allerdings verwies er optimistisch darauf, dass ggf. noch mit finanzieller Unterstützung von Land und Bund auf Grund der Pandemie zu rechnen sei. Nun müssen wir abwarten, ob das Landesverwaltungsamt diesen Haushalt so genehmigt. Bitter ist, dass unsere Änderungsanträge zum Haushalt keine Mehrheit gefunden haben, im Übrigen hat keine Fraktion ihre Änderungsanträge durchgebracht. Unseren Schwerpunkt haben wir bei unseren Anträgen zum Haushalt auf sozialen Problemlagen gesehen. So wollten wir beispielsweise die Gelder für Vereine etwas erhöhen, damit eine Angleichung an die Erhöhung der Personalkosten bzw. eine Erhöhung der Sachkosten (z.B. Ausgaben für Stromkosten) erfolgen kann. Bereits im letzten Jahr haben wir den Antrag gestellt, dass im Haus der Wohnhilfe abschließbare Schränke gekauft werden können. Auf Grund der Haushaltslage wurde der Beschluss nicht realisiert. In diesem Jahr fand der Antrag auch keine Mehrheit. Auch der Antrag zur Errichtung eines Härtefallfonds, der u.a. Energiesperrungen verhindern soll, wurde nicht angenommen.

Auf der Tagesordnung stand auch die Vorlage "Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 209 Wohn- und Geschäftsquartier Tüchräumen/ Mansfelder Str. Aufstellungsbeschluss". Im Vorfeld hatte dieses Vorhaben bereits für Diskussionen gesorgt. Auf dem großen Grundstück an der Mansfelder Straße sollen die denkmalgeschützten Häuser saniert, neue Bauten und ein Supermarkt entstehen. Auch eine Tiefgarage ist geplant. Dafür sollte- nach den bisherigen Plänen- eine große Rosskastanie weichen. Es gab Bürgerproteste. Und mit einem Änderungsantrag der Grünen im Stadtrat, dem wir auch zustimmten, bleibt diese nun erhalten und der Plan für die Garage auf diesem Gelände wird etwas verschoben.

Beschlossen wurde ohne Diskussion die Jugendhilfeplanung gemäß §80 SGB VIII- Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung und die Sozial- und Jugendhilfeplanung nach Familienfördergesetz. Hier geht es vor allem um Angebote und Bedarfe für Beratungsleistungen.

Ute Haupt

## Wichtiges aus der Geschäftsstelle

Liebe Genossinnen und Genossen,  
das Jahr 2022 hat schon langsam Fahrt aufgenommen und ich wünsche euch ein gesundes, frohes und erfolgreiches neues Jahr.

Mit dem neuen Jahr stehen für viele von uns bald wieder die Steuerklärungen für das vergangene Jahr an. Hierzu werden auch wieder die Zuwendungsbescheinigungen benötigt, d. h. Bescheinigungen für Beiträge und Spenden an DIE LINKE. Diese werden vom Landesschatzmeister ausgestellt. Seit einiger Zeit passiert dies aber nicht mehr automatisch, sondern es bedarf eines Antrags. **Dafür sind 2 Wege möglich:**

1. Ihr schreibt eine E-Mail an

**zuwendungen@dielinke-lsa.de**

Dabei gebt bitte den Namen und die Anschrift an und wenn ihr mit der Zusendung per E-Mail einverstanden seid, müsst ihr dies mit folgendem Satz erklären „Ich bin mit der Zusendung der Zuwendungsbescheinigung per E-Mail an meine E-Mail-Adresse einverstanden.“. Ihr bekommt dann die Bescheinigung per E-Mail zugesendet und könnt sie selbst ausdrucken.

2. Wenn ihr nicht die Möglichkeit für eine E-Mail habt, meldet euch bitte unter Mitteilung der Anschrift und ggf. der Telefon-Nummer in unserer Geschäftsstelle unter 0345 2025590. Wir geben euer Anliegen gesammelt an die Landesgeschäftsstelle weiter und von dort erhaltet ihr dann einen schriftlichen Bescheid.

Es gibt aber noch eine weitere Bitte der Geschäftsstelle. Im November und Dezember ist viel Post an euch wieder zurückgekommen, da offensichtlich die Anschrift nicht mehr stimmt. Daher unsere Bitte an euch: Teilt uns unbedingt eure neuen Daten (Adresse, Tel.-Nr., E-Mail-Adresse) mit, damit der Kontakt zu euch nicht verloren geht.

Lydia Roloff

### Regionalkonferenzen im Februar

In Vorbereitung auf den im März stattfindenden Landesparteitag sind zwei Regionalkonferenzen geplant. **Die erste Regionalkonferenz findet am 05. Februar 2022 von 10 -14 Uhr statt, die zweite Regionalkonferenz am 22. Februar von 18 - 21 Uhr.**

Derzeit ist abzusehen, dass beide Veranstaltungen nicht in Präsenz, sondern als Videokonferenz durchgeführt werden. Schwerpunkte der Regionalkonferenzen sollen der Leitantrag und die möglichen Satzungsänderungsanträge sein.

Den Ablaufplan bzw. die Tagesordnung und die Zugangsdaten gehen euch zu einem späteren Zeitpunkt durch die Landesgeschäftsstelle zu.

### Onlineberatung des Stadtvorstandes am 26. Januar 2022

**AG-Wirtschaft am 28.01.2022, 18 Uhr im  
Kleeblatt**

**Onlineberatung der Vertreter:innen der Basis-  
organisationen und Ortsverbände des Stadt-  
verbandes Halle am 2. Februar 2022**

DIE LINKE Ortsverband Halle-West  
trauert um Genossen

**Wolfgang Steffens**

11.02.1941 - 12.12.2021

Die Ortsgruppe der Linken in Halle-Neustadt schätzte Wolfgang als freundlichen, besonnenen und vielseitig interessierten Genossen, der sich immer aktiv in unsere Parteilarbeit eingebracht hat. Wir werden ihn in ehrendem Gedenken behalten.

Der Sprecherrat

### Linkes Blatt

#### Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand  
Leitergasse 4  
06108 Halle (Saale)  
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:  
linkesblatt@dielinke-halle.de  
Anja Krimmling-Schoeffler/  
Jan Röttschke (v.i.S.d.P)  
Herstellung: Eigendruck  
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 250 Exemplare

#### **Spendeerbeten**

Endredaktion dieser Ausgabe:  
14.01.2022  
Redaktionsschluss der nächsten  
Ausgabe: 10.02.2022



## Renten hoch in Ostdeutschland

Fraktion DIE LINKE Sachsen-Anhalt: Lebensleistung muss sich lohnen: Renten hoch in Ostdeutschland

Für über 50 Prozent der Beschäftigten in Ostdeutschland würde ihr derzeitiger Lohn nur für Renten von unter 1.300 Euro reichen. In Westdeutschland träge dies auf gut ein Drittel der Beschäftigten zu. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage der LINKEN im Bundestag hervor. Auch nach 45 Jahren Vollzeitbeschäftigung würden in Sachsen-Anhalt 258.000 Menschen nur auf eine Bruttorente von 1.300 Euro kommen, das sind 51 Prozent der Beschäftigten, im Nachbarland Niedersachsen wären 35 Prozent betroffen. Die Bundestagsfraktion fordert eine Erhöhung des Rentenniveaus auf 50 Prozent. Dazu erklärt die Vorsitzende der Linksfraktion in Sachsen-Anhalt Eva von Angern:

„Mickrige Renten folgen auf mickrige Löhne, auf Sachsen-Anhalt rollt eine Welle der Altersarmut zu. Für die Hälfte der in Ostdeutschland Beschäftigten

reicht es später nur für eine Rente, die Netto wenig über 1.000 Euro im Monat betragen wird. Im Westen sind gut ein Drittel der derzeit Beschäftigten betroffen. Für die ostdeutschen Länder haben die Zahlen eine besondere Relevanz, denn hier kommen laut Alterssicherungsbericht der Bundesregierung 94 Prozent der Leistungen im Alter aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Betriebsrenten und Kapitaleinnahmen spielen im Osten eine weit geringere Rolle als für westdeutsche Rentnerinnen und Rentner. Die Erhöhung der Rentenniveaus ist daher ein notwendiger Schritt, um den Lebensstandard im Alter zu sichern. Ebenso wichtig ist es, endlich die Lohnlücke zwischen Ost und West, zwischen Frauen und Männer zu schließen:

Einem Zwei-Klassensystem beim Lohn darf kein Zwei-Klassensystem bei der Rente folgen.“



## Hohe Energiepreise treffen arme Haushalte besonders hart!

Die hohen Energiepreise und die fehlenden politischen Reaktionen darauf sind doppelt ungerecht: Nicht nur absolut werden arme Menschen viel stärker belastet, sondern natürlich auch prozentual.

Wer wenig hat, der/die muss für notwendige Ausgaben wie Nahrung, Heizung, Miete und Strom das Meiste ausgeben. So haben schon 2020 arme Haushalte (Unter 1.300 Euro/Netto) 9,5 Prozent ihrer Ausgaben für Energie zurücklegen müssen.

Wer hingegen vermögend bzw. reich ist (über 5000 Euro/Netto), gibt nur 4,7 Prozent dafür aus. Je ärmer die Menschen sind, desto härter werden sie von Preiserhöhungen getroffen, während die Reichen davon kaum etwas mitbekommen. Das erklärt auch, warum genau die Fixkosten immer weiter steigen können, ohne dass die Politik etwas unternimmt, bei anderen Themen aber über Centbeträge diskutiert wird. Besonders bitter für Halle: Unsere Stadtratsfraktion hatte beantragt, dass die schlimmsten Fälle in unserer Stadt mit einem Härtefallfonds gegen Energiesperren abgefedert werden.

Dieser Antrag wurde von der Ratsmehrheit abgelehnt, weil angeblich kein Geld da sei. Wir sehen darin eher eine Prioritätensetzung, die für arme Menschen nichts übrig hat.

(LW)



### Liebe Seniorinnen und liebe Senioren,

der erste Monat des neuen Jahres ist nun bereits schon wieder über die Hälfte Geschichte. Ich hoffe, ihr seid alle gut ins Jahr 2022 gekommen und wünsche euch und uns allen ein frohes, gesundes, friedliches und erfolgreiches Jahr.

Schon die vergangenen beiden Jahre waren geprägt durch die CORONA-Pandemie und dies hat uns in unserer Arbeit vor nicht geringe Herausforderungen gestellt. Viele der geplanten Veranstaltungen mussten ausfallen oder konnten nur per Videokonferenzen stattfinden.

So konnten wir auch nur wenige unserer Treffs des Senioren-Cafés durchführen. Umso lieber erinnern wir uns an den Spaziergang zum Pfälzer Ufer und das leckere Eis dort in angenehmen Diskussionsrunden, den Besuch des Stadtmuseums mit der Ausstellung zum Lettiner Porzellan oder der Willi-Sitte-Ausstellung.

Leider hat das neue Jahr mit den gleichen Problemen begonnen. Aber wir werfen die Flinte nicht ins Korn und suchen bereits nach neuen Ideen, mit denen wir interessante Veranstaltungen gestalten können. Auch eure Anregungen sind hierbei gefragt und ihr alle dazu aufgefordert, uns diese mitzuteilen. Die beliebten Treffs im LiLa bei Kaffee und Kuchen wollen wir dabei natürlich auch beibehalten, sobald es uns wieder möglich ist. Eine erste Veranstaltung des Senioren-Cafés haben wir erst' mal für Ende Februar angedacht.

Bis dahin bleibt alle gesund und zuversichtlich  
Lydia Roloff



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im  
Monate Januar Geburtstag haben.





## ROTE SOCKEN gegen soziale Kälte

Im Dezember haben wir unsere „Roten Socken gegen soziale Kälte“ endlich spenden können. Dank der Aktion konnten wir viele Textilien an die halleische Wärmestube, die kleine Präsentkörbe verteilen und dem SCHIRM-Projekt spenden. Wir freuen uns, dass unsere Textilprodukte so gut angenommen wurden und bedanken uns bei allen Hallenserinnen und Hallensern, die mit uns gemeinsam gestrickt haben.



## Gedenken an Rosa und Karl bleibt aktuell!

Am 15. Januar 1919 sind Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht neben etlichen ihrer Genoss:innen tot. Ermordet wurden sie von rechten Freikorps-Söldnern. Und das nicht vor, sondern nach der Festlegung auf die parlamentarische Demokratie, die spätere Weimarer Republik. Das ist auch kein Widerspruch, denn immer wieder ruft die republikanische Regierung - erst nur aus der SPD bestehend, dann aus SPD, Liberalen und Zentrum - nach den faschistischen Mördern. In Halle sehen wir das am Schicksal von Karl Meseberg, den Märzgefallenen und vielen anderen. Der Mord an Rosa und Karl steht am Anfang der Entwicklung, der danach auch sozialdemokratische und bürgerliche Politiker:innen wie Philipp Scheidemann oder Walther Rathenau zum Opfer fallen. Am Ende beteiligten sich die rechten Terroristen, Bürgerwehren und Freikorps aktiv an dem Aufbau der NSDAP und anderer Organisationen, die die Republik letztendlich vernichten sollten.

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurden ermordet, um einen sozialistischen Revolutionsversuch niederzuschlagen. Mit äußerster Gewalt wurde gegen linke Sozialdemokrat:innen, Sozialist:innen, Anarchist:innen und Kommunist:innen vorgegangen, damit sich ja keiner dem Konsens der Bürgerlichen widersetzt. Wenn wir an ihren Tod erinnern, dann erinnern wir auch daran, was möglich gewesen wäre. Nach der Novemberrevolution schien es möglich, ein System ohne rechte Militärs, Adelsprivilegien und kapitalistische Ausbeutung zu errichten - diese Chance wurde verspielt, weil die Brutalität der Reaktionäre am Ende triumphieren konnte - und weil die Anführer

der SPD lieber den Ausgleich mit den alten Eliten gesucht haben, anstatt mit anderen Linken gegen diese zu kämpfen.

Das Gedenken bleibt also aktuell, weil es an die vielen Genoss:innen erinnert, die von der extremen Rechten umgebracht wurden, weil sie für ein gutes Leben, für Frieden und echte Demokratie stritten. Es erinnert auch daran, dass man niemals mit Rechten zusammenarbeiten darf und kann. Alle, die tatsächlich etwas für die Mehrheit der Menschen verbessern wollen, müssen sich nach Links orientieren. Das geht auch aus den großartigen Werken hervor, die Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg uns hinterlassen haben. Diese Schriften und Reden laden immer noch dazu ein, für einen konsequenten Sozialismus ohne Dogmen einzustehen.

(LW)



## Auch diese Erinnerung ist wichtig - zum 30. Todestag von Prof. Dr. med. Eckhard Ullrich

In den letzten Jahren sind viele Erinnerungen über die „Wendezeit“ ausgetauscht worden, u.a. Kritisches über die „Treuhand“. Weniger ist dagegen bekannt, dass von 7000 HochschullehrerInnen an den akademischen Einrichtungen der DDR des Jahres 1989 nahezu 5500 entlassen wurden. (A. Hecht: „Enttäuschte Hoffnungen“, Berlin 2014, S.12). An der Medizinischen Fakultät der Martin-Luther-Universität verdrängt man das Thema seit 30 Jahren konsequent. Dabei wäre es besonders hier angebracht,

folgendes in Erinnerung zu rufen: In der Nacht vom 17. zum 18. Januar 1992 nahm sich der Direktor der 2. medizinischen Klinik der MLU, der Internist.... Prof. Dr. med. Eckhard Ulrich, in seiner Klinik das Leben. Dem ging auf Grund einer Anschuldigung als Stasi-IM eine Hasswelle mit Beschimpfungen an der Tafel eines Hörsaals voraus. Vergeblich hatte er versucht, ein aufklärendes Gespräch mit einem Verantwortlichen der Evaluierungskommission zu erreichen. Nach seinem Toderschien plötzlich eine neue Mitteilung der



Gauck-Behörde, die ihn entlastete, aber das nützte ihm nichts mehr. Der Theologe Friedrich Schorlemmer schrieb damals wütend: „Wo bleibt die Scham allerer, die aufgrund eines Gerüchts ... einen Menschen isoliert haben. Sie kannten ihn doch.“

Ich kannte Herrn Ulrich als Student und Kollegen.

In besonderer Erinnerung ist mir geblieben, dass er derjenige an der medizinischen Fakultät war, der der Bitte um ein Gutachten für eine Doktorandin von mir, (sie war nicht in der FDJ, Tochter eines Superintenden) für ihre Dissertation zur Friedensidee Albert Schweitzers nachgekommen ist. Heute müssen wir nach 30 Jahren feststellen, dass die Medizinische Fakultät in ihrer Nachwende-Zusammensetzung nicht das Geringste getan hat, um das Ansehen ihres Fakultätsmitgliedes wieder herzustellen.

Nun kann man sagen, in Leipzig war es auch nicht anders, als sich Prof. Dr. med. Ermisch nach öffentli-

cher Diffamierung das Leben nahm. In Jena nahm sich der Bundestagsabgeordnete Prof. Dr. Gerhard Riege am 15. Februar 1992 das Leben.

In seinem Abschiedsbrief schrieb er über die fürchterliche Angst vor dem Hass, der ihm im Bundestag begegnete. Als die BILD-Zeitung Halle im Juli 1992 4000 Deck- und Klarnamen aus den Stasi-Akten veröffentlichte, erreichte die Hasswelle ihren Höhepunkt mit Morddrohungen, Beschmierungen von Wohnungen und anonymen Verleumdungen.

Wer das Buch von Klaus Behling liest: Plötzlich und unerwartet - Selbstmorde nach Wende und Einheit (Berlin 2015), kann das Grausen bekommen. Es ist dennoch viel aufzuarbeiten. Vielleicht besinnt sich auch die Medizinische Fakultät der MLU endlich nach 30 Jahren dazu.

Prof. Dr. Ernst Luther

## „Corona-Demos“ sind rechte Mobilisierung

Seit einigen Wochen eskalieren die sogenannten „Corona-Demos“, die sich vorgeblich gegen eine mögliche Impfpflicht und die Eindämmungsmaßnahmen richten. Nur vorgeblich tun sie das, weil es den etlichen dort auftretenden Neonazis nicht wirklich um die Frage geht, wie gefährlich das Corona-Virus tatsächlich ist. Vielmehr geht es ihnen darum, das demokratische System durch eine Massenmobilisierung zu zerstören, insbesondere gegen linke Andersdenkende zu hetzen und ihre Macht auf der Straße zu tragen. Das sieht man auch an der Vorgeschichte dieser Demos in Halle: Die Proteste der „Bewegung Halle“ und eines bekannten Stadtnazis fanden stets nacheinander statt, Nazis waren von vornherein auf beiden Demonstrationen präsent und aktiv. Natürlich hängt der aktuelle Zulauf der „Corona-Demos“, der bundesweit militante Faschist:innen mit Menschen aus anderen Milieus verbindet, auch mit der gegenwärtigen Corona-Situation zusammen - für den harten Kern der Organisator:innen und die Dauerhetzer spielt die Tagespolitik allerdings keine Rolle, sondern ist nur der Aufhänger. Deshalb ist es umso erschreckender, wenn in Halle bis zu 2.000 Menschen diesem Aufruf folgen und die menschenverachtende Propaganda der Corona-Leugner:innen verbreiten. Erschreckend ist auch, dass aus diesen Demonstrationen heraus regelmäßig Übergriffe verübt werden können, ohne dass sich die Versammlungsbehörde in der Lage sähe, den

Schutz von Journalist:innen und Kritiker:innen sicherzustellen.

Aber es gibt auch positive Entwicklungen: Bundesweit - und auch in Halle - haben die antifaschistischen Gegenproteste zugenommen. Berechtigterweise wird darauf hingewiesen, dass die Corona-Leugner:innen natürlich nicht „das Volk“ sind, sondern eine Minderheit darstellen. Vielfach wird ausgeführt, dass die „wahre Demonstration“ ja in den Impfzentren stattfinden würde, die gerade rund um den Jahreswechsel einen echten Ansturm erleben durften. Wer sich auf diesen Fakten ausruht, macht es sich allerdings zu einfach. Denn es ist ohnehin klar, dass militante Neonazis und esoterische Impfgegner:innen nicht alleine in der Lage sind, den ihnen offenbar vorschwebenden rechten Systemsturz durchzuführen. Aber abgesehen davon, dass sie die Ohnmacht des Staates durch ihre marodierenden „Spaziergänge“ immer wieder beweisen, melden sich immer wieder - vor allem, aber nicht nur - Konservative und Liberale, die die Aufmärsche herunterspielen, keine Gegenmaßnahmen ergreifen wollen, stattdessen über „Linksextremismus“ reden oder sich ihnen gleich anschließen. Die Motivation dafür mag unterschiedlich sein, aber gefährlich ist es ohnehin. Faschist:innen fühlen sich dann bestärkt, wenn man sie gewähren lässt.

Deshalb muss der rechten Mobilisierung entschlossen begegnet werden. Die Zivilgesellschaft geht wieder



dagegen auf die Straße. Jetzt muss die Politik endlich nachziehen und volksverhetzende, antisemitische und pressefeindliche Straftaten endlich als solche benennen und bekämpfen. Gerade die Landesregierung von Sachsen-Anhalt tut so, als wären die „Corona-Demos“ ein reines Naturereignis oder meilenweit jenseits ihres Verantwortungsbereiches. Stattdessen versagt vor allem die CDU-Innenministerin, die das aktive Wegsehen vor dem Kontrollverlust der Landespolizei perfekt eingeübt hat. Währenddessen kann sich die FDP selbst auf keinen klaren Kompass festlegen, um die eigenen „Corona-Kritiker“ a la Kubicki nicht zu verärgern. Zuletzt setzt die SPD auf Social-Media-

Kampagnen gegen die „Querdenker“, scheint aber den Einfluss auf die Politik ihrer Koalition aber aufgegeben zu haben. Von selbst wird also wenig gegen diese Gefahr unternommen werden. Erneut sind vor allem Antifaschist:innen gefragt: Wie groß der Einfluss der „Corona-Demos“ am Ende sein wird, entscheidet sich am Ende daran, wie stark der Widerstand gegen „Querdenken“ und Co. wird. Dabei gilt es dann auch, den Druck auf die Politik von links zu erhöhen: Nicht nur gegen die Corona-Leugner:innen, sondern auch gegen eine Politik, die die solidarische Bewältigung der Krise längst ad acta gelegt hat!

(LW)

## **Linke Abgeordnete auf gemeinsamer Delegationsreise in Polen - Fluchtwege offenhalten**

Seit Monaten erleben wir an der europäischen Außengrenze in Polen Grundrechtseinschränkungen und Menschenrechtsverletzungen in einem Ausmaß, das viele niemals in einem EU-Mitgliedsstaat erwartet hätten. Mittels Pushbacks werden Schutzsuchende massenhaft daran gehindert, ihr Recht auf Asyl wahrzunehmen. Sie werden erniedrigt, zusammengeschlagen und gewaltsam zwischen Polen und Belarus hin- und hergeschoben. Tausende saßen zeitweise in den Wäldern im Grenzgebiet fest, ohne Zugang zu Nahrung, Trinkwasser, medizinischer Versorgung und Schutz gegen eisige Temperaturen. 21 Menschen sind dort bislang ums Leben gekommen, die Dunkelziffer liegt vermutlich höher. Flüchtende, die es dennoch schaffen, nach Polen zu gelangen, werden dort fast ausnahmslos inhaftiert:

Mit diesem Vorgehen verstößt die polnische Regierung eindeutig gegen internationales und europäisches Flüchtlingsrecht. Doch anstatt diese beispiellosen Rechtsbrüche zu kritisieren, unterstützen die EU-Kommission und andere Mitgliedsstaaten, darunter auch die neue Bundesregierung, das Vorgehen. Die europäische Abschottungspolitik zeigt sich hier von ihrer hässlichsten Seite. Dies bleibt aber nicht unwidersprochen: Polnische Bürger:innen und Solidaritätsorganisationen wurden aktiv und unterstützen seit Monaten ganz konkret Flüchtende.

Vom 14. bis zum 16. Januar werden sich Abgeordnete der Linken aus Landes-, Bundes- und europäischer Ebene im Rahmen einer Delegationsreise zur aktuellen Lage informieren. Geplant ist zunächst der Besuch

eines Haftlagers, in dem die polnischen Behörden Schutzsuchende festhalten; danach wird die Delegation nach Warschau und in die grenznahe Stadt Hajnówka weiterreisen. Die Abgeordneten werden mit Aktivist:innen des solidarischen, polenweit agierenden Netzwerks Grupa Granica oder der Fundacja Ocalenie, die konkrete Unterstützungsarbeit für Geflüchtete leisten, sprechen und mögliche Formen der Unterstützung und Kooperation ausloten. Zudem sind Treffen mit verschiedenen Einzelakteur:innen aus dem zivilgesellschaftlichen und medizinischen Bereich sowie Vertreter:innen linker Parteien geplant.

„Es ist unerträglich, wie in der EU Menschenrechte mit Füßen getreten werden und die EU und auch Deutschland das Vorgehen der polnischen Regierung auch noch stützen. Der Tenor, Polen werde „angegriffen“, der auch in Sachsen-Anhalt die Haltung der Landesregierung bestimmt, ist an Zynismus und Ignoranz kaum zu überbieten. Deshalb ist es gut, dass in Polen - wie auch in Sachsen-Anhalt - Menschen ihre Stimme für Humanität erheben und sich praktisch solidarisch zeigen.“, so Henriette Quade, migrationspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt.

An der Reise nehmen die Abgeordneten Dr. Cornelia Ernst, MdEP; Clara Bünger, MdB; Katharina König-Preuss, MdL Thüringen; Henriette Quade, MdL Sachsen-Anhalt; Jule Nagel, MdL Sachsen und Andrea Johlige, MdL Brandenburg teil. Sie werden begleitet von migrationspolitischen Aktivisten Pawel Matusz, Foad El Moutaouakkil und Mark Gärtner.

## Rezension

Joannes Maria Fischer ... und manchmal platzt der Kragen. Bodo Ramelow - eine Biografie edition Überland, Leipzig, 2021, ISBN 978-3-948049-14-0, 336 S.

Die vorliegende Biografie unterscheidet sich mehrfach von der häufig üblichen Art Lebensgeschichten zu schreiben. Zum einen geht sie nicht chronologisch von Kindheit zum Alter vor, sondern wirft im ersten Teil einen Blick auf bestimmte historische Ereignisse wie z.B. den Hungerstreik der Kumpel in Bischofferode, die Enteignung des Schlosses Reinhardsbrunn oder die Affäre Kemmerich (die weder Unfall noch Zufall war). Zentraler Gesichtspunkt ist dabei die Frage, wie aus dem politisierten Gewerkschafter ein Politiker wurde.

Zum anderen zitiert der Autor einen eigenen Beitrag für die Eßlinger Zeitung, der seinen eigenen Werdegang zum „Beute-Ossi“ beschreibt (S. 99-106). Eine solche Selbstdarstellung des Autors im Lebensbild eines anderen, habe ich bisher noch nie angetroffen und war daher zunächst verwundert und überrascht, habe dann jedoch schnell festgestellt, dass sie wunderbar ins Konzept dieses Buches passt, reflektiert sie doch sehr anschaulich die Gedanken eines Wessi zu Ereignissen im Osten.

Doch zurück zur Person Bodo Ramelow, um die es hier geht, eingebettet in Ereignisse oder Treffen mit bestimmten Personen - häufig illustriert mit farbigen Fotos (endlich mal nicht das für Verlage sparsame

schwarz-weiß, auch die Einbandgestaltung verdient es hervorgehoben zu werden).

In seinen biografischen Darlegungen geht J. M. Fischer sowohl auf die lange unerkannte Legasthenie und deren Auswirkungen ein (schon die Darstellung, wie sich Bodo Ramelow hier durchgekämpft hat, ist ein Mutmacher für andere Betroffene), auf dessen Bildungs- und Gewerkschaftsweg, auf die Twitter-Affinität des Landesvaters, seinen gewonnenen Kampf gegen die Bespitzelung durch den Geheimdienst, den „Stinkefinger“, etc.

Für viele LeserInnen, gerade der Linken, dürfte auch das breit dargestellte Verhältnis von Bodo Ramelow zur Religion aufschlussreich sein - nicht nur wegen Kirchenaus- und Wiedereintritt von Bodo, sondern auch wegen der generellen Frage nach möglichen Gemeinsamkeiten und Zusammenarbeit mit kirchlichen Personen und Einrichtungen.

Dies ist spätestens seit dem Magdeburger Parteitag der LINKEN 2016 ein umstrittenes Thema.

Selbstverständlich enthält dieses exzellent gestaltete Buch auch ein Register zu Personen und Ereignissen, ist somit neben der Biografie auch ein Geschichtsbuch der letzten 30 Jahre, mit vielen Erinnerungen, Hintergründen und Wertungen.

## + + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 14./15./16.12.2021

Zur 5. Sitzungsperiode des Landtages standen wieder zahlreiche Themen auf der Tagesordnung, über die am 14., 15. und 16. Dezember debattiert und abgestimmt wurde.

**#Pandemie**

**#Nachtragshaushalt und Sondervermögen**

Nachdem die Landesregierung den Entwurf eines Nachtragshaushaltsbegleitgesetzes 2021 im November in den Landtag eingebracht hatte, stand nunmehr die zweite und abschließende Beratung auf der Tages-

ordnung. In ihrer Rede kritisierte die Fraktionsvorsitzende Eva von Angern, dass die Landesregierung bereits 2020 ein Sondervermögen hätte auf den Weg bringen können, wie es die Linksfraktion gefordert hatte. Stattdessen habe sie wertvolle Zeit verstreichen lassen.

Zum Nachtragshaushalt beantragte die Linksfraktion einen Coronabonus für alle Beschäftigten im Gesundheitswesen in Sachsen-Anhalt. „500 Euro steuerfrei sollen nicht nur für Mediziner, Krankenschwestern, Pfleger\*innen, Rettungsassistenten, Sanitäter\*innen und

Arzthelfer sondern eben auch für das nichtmedizinische Personal in den Einrichtungen gezahlt werden“, so die Fraktionsvorsitzende. Außerdem sieht der Antrag vor, denjenigen, die überdurchschnittlich von pandemiebedingter Arbeitslosigkeit betroffen seien, in den nächsten Jahren mit zusätzlichen Fördermitteln helfen. Dazu gehören bundesweit vor allem Menschen mit Behinderungen. Weitere Schwerpunkte, denen der Nachtragshaushalt nicht gerecht werde, sind Jugendsozial- und Jugendmedienarbeit, häusliche Gewalt, Frauen- und Kinderschutzhäuser, Luftfilter für Schulen sowie eine bessere Unterstützung für die Kommunen. All die von der Linksfraktion vorgeschlagenen Maßnahmen haben einen Umfang von zusätzlichen 180 Million Euro. Wir sehen darin in den genannten Bereichen dringenden Handlungsbedarf, der Landtag leider nicht, denn unser Antrag wurde abgelehnt.

#### #aktuell debattiert - Pflegenotstand

#### Gelobt, beklatscht, aber schlecht bezahlt

Seit Jahren sind die schlechten Arbeitsbedingungen und die unzureichende Bezahlung im Gesundheitswesen, vor allem beim Pflegepersonal, Thema. Getan hat sich nichts. Dazu sagte die gesundheitspolitische Sprecherin Nicole Anger: „Wie erwähnt: Der Worte gab es schon viele. Jetzt gab es dazu auch noch den Applaus in der Pandemie und das stetige Loben des Einsatzes der vielen Beschäftigten im Gesundheitssystem. Aber glauben Sie wirklich, dass das reicht?“ Das Pflegepersonal werde weiter auf Verschleiß gefahren. Deutschlandweit haben tausende Pflegekräfte ihrem Beruf den Rücken gekehrt, auch in Sachsen-Anhalt. Wir brauchen ein Gesundheitssystem, welches sich an den Bedürfnissen der Patient\*innen orientiert, statt Gewinne zu erwirtschaften. Das Personal braucht schnellstmöglich höhere tarifgebundene Löhne, um einen Kollaps des Gesundheitswesens zu verhindern. Auch die Beschäftigten der landeseigenen Kliniken und Universitätsklinika profitieren nicht vom Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes der Länder. Deshalb hat die Linksfraktion einen entsprechenden Antrag eingebracht. Dazu sagte der wissenschaftspolitische Spre-

cher Hendrik Lange: „Wir sind uns alle darin einig, dass die Beschäftigten in den Kliniken in der Pandemie Großartiges leisten, sonst übrigens auch. Das muss sich auch in der Lohntüte widerspiegeln; denn Klatschen allein reicht nicht.“

Unser Antrag möchte erreichen, dass mindestens die Tarifvereinbarungen der TdL zeit- und inhaltsgleich übernommen werden.“ Sollte ein Haustarifvertrag bessere Regelungen enthalten, dürften diese nicht verschlechtert werden. Außerdem fordern wir die Ausweitung des Corona-Bonus auf alle Beschäftigten in den Kliniken, einschließlich der Subunternehmen, d.h. auch Reinigungskräfte, Beschäftigte in Krankenhausküchen, bei Caterern. Der Antrag wurde zur Beratung in die zuständigen Fachausschüsse überwiesen.

#### #Schulsozialarbeit

#### Sicherung der Schulsozialarbeit in allen Regionen!

Mit der neuen Landesrichtlinie zur Schulsozialarbeit haben sich die Rahmenbedingungen für kreisfreie Städte und Landkreise geändert. Diese müssen künftig einen Eigenanteil von 20 Prozent bei den Schulsozialarbeiter\*innen und 40 Prozent für die Netzwerkstellen aufbringen. Das bringt insbesondere Kommunen in schwieriger Haushaltslage in Bedrängnis und gefährdet das bisher Erreichte. Deshalb betonte die sozialpolitische Sprecherin Monika Hohmann bei der Einbringung des Antrages: „Alle diese von mir kurz skizzierten Unklarheiten haben uns veranlasst, Ihnen heute diesen Antrag vorzulegen. Wir sind der Meinung, dass die Fortführung der Schulsozialarbeit nach dem bisherigen ESF-Programm ‚Schulerfolg sichern‘ in der neuen EU-Förderperiode in allen Landkreisen und kreisfreien Städten mindestens auf dem bisherigen Niveau sichergestellt werden muss.“ Das Land müsse durch die Gewährung eines finanziellen Ausgleichs dafür Sorge tragen, dass der Umfang der Schulsozialarbeit nicht davon abhängt, ob es sich um finanzschwache oder finanzstarke Kommunen handelt. Der Antrag wurde zur Beratung in die Fachausschüsse überwiesen.



## #Bildung

### Rettungsschirm für Sachsen-Anhalts Schulen

Angesichts der weiter sinkenden Unterrichtsversorgung in den Schulen Sachsen-Anhalts fordert die Linksfraktion einen Rettungsschirm. Dabei verschärfen sich die Unterschiede sowohl zwischen den Regionen, Stadt und Land als auch zwischen den einzelnen Schulformen. Besonders betroffen sind Sekundar-, Gemeinschafts- und Förderschulen im Land. Wenn nicht endlich agiert werde, so der bildungspolitische Sprecher Thomas Lippmann, gebe es keine Aussicht auf Besserung, weit über das Jahr 2030 hinaus. Davon werden dann Zehntausende Schülerinnen und Schüler betroffen sein. Der Antrag beinhaltet ein ganzes Maßnahmenbündel, angefangen von bedarfsgerechten Abordnungen, Gewinnung von pädagogischem Personal, Ausbau der ganztags-spezifischen Angebote bis hin zu mehr Studienplätzen für Lehramtsstudierende und eine inhaltliche Neuausrichtung zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses in allen Schulformen durch ein gemeinsames Lehramtsstudium für Gymnasium und Schulen der Sekundarstufe I. Der Antrag wurde von den anderen Fraktionen abgelehnt.

## #Bodenmarkt

### Bodenspekulationen eindämmen

Nach dem erneut gescheiterten Ansatz, den landwirtschaftlichen Bodenmarkt in der 7. Legislatur zu regulieren, hat die Fraktion Bündnis 90/Grüne beantragt, die sogenannten Share Deals, also Anteilkäufe an landwirtschaftlichen Unternehmen, endlich zu regulieren. Dazu sagte agrarpolitische Sprecherin Kerstin Eisenreich, dass die Share Deals immer noch auf dem bisherigen gesetzlichen Stand verharren, intransparent seien und dafür sorgten, dass zahlungskräftige Investoren fast unbehelligt über beherrschenden Einfluss auf Agrargesellschaften und damit mittelbar über den Boden verfügten. Außerdem werde die Grunderwerbsteuer umgangen, wenn maximal 90 Prozent der Anteil erworben würden.

„Hier kommt es bisher einer massiven Konzentration von Boden, die weitestgehend unreguliert und lukrativ ist, aber auch erheblichen Einfluss auf das Wirtschaft-

ten in den Agrarunternehmen und die Strukturen im ländlichen Raum hat.“, so Eisenreich weiter. Durch die Nichtregulierung auf Landesebene verschärft sich die Bodenmarktsituation und bringt landwirtschaftliche Betriebe, die durch derzeitige Preissteigerungen für Betriebsmittel oder Absatzverluste durch die drohende Afrikanische Schweinepest massiv in Bedrängnis geraten, noch weiter in existenzielle Nöte, mit allen negativen Auswirkungen auf den ländlichen Raum. Deshalb unterstütze die Linksfraktion den Antrag. „Der Boden ist im Dorf und in der ländlichen Struktur zu erhalten. Er gehört nicht in die Hände von Spekulanten.“ Der Antrag wurde in die zuständigen Ausschüsse überwiesen.

## + kurz berichtet + + kurz berichtet +

### Abberufung des Vorsitzenden des Rechtsausschusses

Die demokratischen Fraktionen im Landtag haben einen gemeinsamen Antrag auf Abberufung des Vorsitzenden des Ausschusses für Recht, Verfassung und Verbraucherschutz, Hans-Thomas Tillschneider (AfD) auf die Tagesordnung gesetzt. Dazu heißt es, dass die AfD, allen voran Herr Tillschneider, die Verfassung seit Beginn ihrer Abgeordnetentätigkeit vehement mit Füßen getreten habe. Den Nationalsozialismus verherrlichende Aussagen im Parlament und seine Nähe zum rechtsextremen Institut für Staatspolitik machten ihn als Ausschussvorsitzenden untragbar.

Mit einem offenkundigen Manöver umging die AfD die Abstimmung, indem sie selbst am Tage der Parlamentsberatung den Vorsitzenden zurückzog und eine andere Abgeordnete der Fraktion zur Ausschussvorsitzenden berief. Zwei Tage später, am Freitag, berief sie jedoch Herrn Tillschneider erneut als Ausschussvorsitzenden. Darauf reagierte die Fraktionsvorsitzende Eva von Angern in einer Pressemitteilung: „Die AfD spielt üble Spiele mit der höchsten Vertretung der Menschen in diesem Land, dem Landtag. Die Abberufung und Wiederernennung von Hans-Thomas Tillschneider kommt einem politischen Schmierentheater gleich.“

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL), 20. Dezember 2021

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagsitzungen im Dezember 2021 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: [www.dielinke-fraktion-lsa.de](http://www.dielinke-fraktion-lsa.de).

Auch auf Facebook, Twitter und Instagram können die Debatten verfolgt werden.